

**Antrag**

**der Abg. Helga Solinger u. a. SPD**

**und**

**Stellungnahme**

**des Staatsministeriums**

**Gedenkstätten und -initiativen in Baden-Württemberg**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. inwieweit die bestehenden Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Baden-Württemberg in ihrem Bestand und in der Erfüllung ihrer jeweiligen Zielsetzungen durch finanzielle und personelle Ressourcen gesichert sind und wo sich Initiativen um weitere Gedenkstätten bemühen;
2. wie die Landesregierung die Arbeit der Gedenkstätten und -initiativen bewertet und welchen Stellenwert sie ihnen für die Zukunft beimißt;
3. wie sich die 1995 vom Landtag beschlossene Landesförderung der Gedenkstättenarbeit durch die Landeszentrale für politische Bildung bewährt hat, inwieweit sich Schwierigkeiten ergeben haben und wie die Förderung in Zukunft der Höhe nach aussehen wird;
4. nach welchen Kriterien die Gedenkstättenarbeit gefördert wird, wie sich diese bewährt haben und inwieweit Änderungen beabsichtigt sind;
5. welche Projekte seit 1996 von der Landeszentrale im Bereich Gedenkstättenarbeit in welchem Umfang gefördert wurden und welche Projekte aus welchen Gründen nicht gefördert wurden;
6. wie sich die so wertvolle Mitarbeit von Zeitzeugen entwickelt hat und welche Möglichkeiten zur notwendigen Dokumentation deren Erinnerungen gesehen und ergriffen werden, um einen gewissen Ersatz zu schaffen, wenn ihre persönliche Zeugenschaft nicht mehr möglich sein wird;

7. wie sie die Zusammenarbeit der einzelnen Schulen und der Schulbehörden mit den Gedenkstätten und -initiativen bewertet und welche Möglichkeiten zur Intensivierung der Kooperation (z. B. bei der Erstellung von Material für den Unterricht, bei gemeinsamen Projekten oder bei Besuchen durch Schulklassen) gesehen werden;
8. in welcher Form die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Landesarchiven und den Gedenkstätten erfolgt und wo Möglichkeiten zur Intensivierung gesehen werden;
9. wie die Gedenkstättenarbeit in anderen Bundesländern gefördert und organisiert wird.

20.05.98

Helga Solinger, Carla Bregenzer, Weimer, Reinelt, Nils Schmid, Schmiedel SPD

### Begründung

Seit vielen Jahren engagieren sich in Baden-Württemberg Bürgerinnen und Bürger in unterschiedlichsten Institutionen und Organisationsformen, um die Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des NS-Regimes in lebendiger Erinnerung zu halten und um daraus Konsequenzen für ein demokratisches Zusammenleben zu ziehen.

Gerade lokale und regionale Gedenkstätten sind besonders geeignet, die Geschichte lebendig werden zu lassen und die Erinnerung wachzuhalten. An authentischen Geschichtsorten wie früheren Konzentrations- und Arbeitslagern, Sammelstellen für Deportationen und Gefängnissen des NS-Terrors, muß dem Vergessen und jeder Verharmlosung der Vergangenheit entgegengewirkt werden.

Der Landtag hat im Nachtrag zum Staatshaushaltsplan 1995 und 1996 die Gedenkstättenarbeit mit eigenem Haushaltstitel bei der Landeszentrale für politische Bildung angesiedelt und mit dem Diktum der verstärkten Förderung und Bündelung der Arbeit versehen. Die Wirksamkeit dieser Aufnahme ist zu überprüfen. Alle Chancen müssen genützt werden, durch Einbindung an Schulen, Intensivierung der Lehrerbildung und engem Zusammenwirken aller beteiligten Institutionen die Bemühungen der Gedenkstätten und Initiativen zu unterstützen und wirksam werden zu lassen.

### Stellungnahme \*)

Mit Schreiben vom 14. September 1998 Nr. I 1043 nimmt das Staatsministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Zu 1.:

In der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen Baden-Württemberg (LAG) sind seit Frühjahr 1995 rund 50 Organisationen und Gruppen vereinigt. Es handelt sich dabei um einen bundesweit einzigartigen und beispielhaften freiwilligen Zusammenschluß, der bei Fachleuten und Opfervereinigungen im In- und Ausland große Anerkennung findet.

32 der Organisationen unterhalten sog. „arbeitende Gedenkstätten“, d. h. sie bieten am authentischen Ort zusätzliche museale oder pädagogische Angebote.

---

\*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

9 Gedenkstätten sind in kommunaler, 5 in gemischter Trägerschaft Kommune/Verein, 1 ist Teil eines Privatbetriebs (Süddeutsche Salzwerke AG), 17 werden von Vereinen und Initiativen getragen.

Die Gedenkstätten erbringen ihren grundlegenden und unverzichtbaren Beitrag zum bewußten Umgang mit der Geschichte und zur Demokratieerziehung weitgehend in ehrenamtlicher Arbeit. Ihr Bestand und die Erfüllung ihrer jeweiligen Zielsetzung wird im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel des Landes zusätzlich finanziell sichergestellt durch Förderung von Grundlagenarbeit, Dokumentation, Ausstellung, Veröffentlichungen und Veranstaltungen. Derzeit verfügen 6 Gedenkstätten über hauptamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, z. T. allerdings nur mit Werk-, Zeit-, Teilzeit- und ABM-Verträgen. Weitere 7 werden durch Gemeindedienststellen unterstützt.

Im Jahr 1998 werden u. a. mit Förderung des Landes neu eingerichtet:

das Museum zur Geschichte von Christen und Juden Schloß Großlaupheim (auch Beteiligung des Hauses der Geschichte)	Laupheim	Sept. 1998
die Ehem. Synagoge	Baisingen	Nov. 1998

Eine Reihe weiterer *Initiativen* bemüht sich derzeit ebenfalls um die Einrichtung von Gedenkstätten, die Dokumentation lokaler Ereignisse oder die Errichtung von Mahn- und Denkmälern, u. a.

- die Freiheitsstätte (1847/48) und ehem. Synagoge „Salmen“ in Offenburg
- die ehemalige Synagoge Rottweil
- die Gemeinde Gomaringen
- der Förderverein Bürgerhaus Gailingen – ehem. jüdisches Schulhaus und die Gemeinde Gailingen
- das Hohenloher Freilandmuseum Wackershofen
- der Verein zur Förderung der historischen Forschung Ostfildern e. V.
- den Jüdischen Friedhof Creglingen
- das Bezirksmuseum Buchen
- der Arbeitskreis Lokale Zeitgeschichte, Calw
- der Verein zur Förderung studentischer Forschungsprojekte, Freiburg
- die Geschichtswerkstatt Tübingen e. V.
- der Verein Denkzeichen Esslingen e. V.
- die ehemalige Synagoge Eberstadt
- das Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm  
plant die Überarbeitung und den Ausbau der bestehenden Gedenkstätte. Dafür wurden vorbehaltlich der Bereitstellung im Staatshaushaltsplan für die Zeit von 1998 – 2000 insgesamt 150 000,- DM zugesagt.

Zu 2.:

Die Landesregierung unterstützt das Selbstverständnis der Gedenkstätten und sieht in ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zum offenen und ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte. Der Ministerpräsident hat in mehreren Reden in den letzten Jahren diese Auffassung unterstrichen. Die Landesregierung begrüßt besonders, daß in einem landesweiten Zusammenschluß die Arbeit thematisch konzentriert und solidarisch durchgeführt wird. Dies ermöglicht es, die Förderung bedarfsbezogen und fachlich zielgenau auszurichten. Diese bewährte Form soll auch in Zukunft beibehalten werden.

Zu 3.:

Die vom Landtag in seiner Sitzung am 13. Dezember 1995 beschlossene Förderung der Gedenkstättenarbeit durch Bereitstellung von Haushaltsmitteln bei Kapitel 0205 Tit.-Gr. 78 des Staatshaushaltsplans und die Einrichtung des Fachreferats „Gedenkstättenarbeit“ bei der Landeszentrale für politische Bildung hat sich bewährt.

Anliegen der Förderung sind

- das Gedenken und Erinnern an die Leiden der Opfer der Verfolgung während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und die Erinnerung an den Wider-

- stand gegen das NS-Regime in Baden-Württemberg sachlich fundiert und in angemessener Form zu gestalten und aufrecht zu erhalten,
- das Gespräch zwischen Zeitzeugen und Nachlebenden über ihre Erfahrungen aus Geschichte und Politik zu ermöglichen,
  - das Eintreten gegen Rassismus, Extremismus und Antisemitismus, die Begegnung und der Dialog über Grenzen hinweg,
  - die Verständigung und Versöhnung mit den Völkern, die unter dem Nationalsozialismus gelitten haben.

Die Förderung durch die Landeszentrale für politische Bildung dient in erster Linie der Unterstützung der immer noch nötigen Grundlagenforschung, der Dokumentation von Zeugnissen aller Art und zunehmend der Sicherung der pädagogischen Arbeitsfähigkeit. Sie arbeitet dazu mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg zusammen.

Die Landeszentrale für politische Bildung versteht sich als Partnerin der Gedenkstätten und Dienstleisterin. Sie betreibt selbst keine Gedenkstätte. Der große Zuspruch von seiten der Gedenkstätten, Sitzgemeinden und zahlreicher in- und ausländischer Institutionen bestätigt diese Ausrichtung der Arbeit.

In der Förderpraxis stellte sich allerdings heraus, daß es für die ehrenamtlichen Initiativen zunehmend schwerer wird, die Gesamtfinanzierung eines Projekts bereits vorab verbindlich zu sichern, da Sponsoren Beitragszusagen zurückhalten und Gemeinden Mittel kürzen oder streichen. Die als nachrangig gedachte Förderung durch das Land erweist sich daher in vielen Fällen als Nukleus für eine Projektfinanzierung.

Zu 4.:

Um die Förderung bedarfsgerecht zu optimieren und notwendige Schwerpunktverlagerungen rechtzeitig erkennen und aufnehmen zu können, wurde eine gestaffelte Partizipation der Gedenkstätten an der Festlegung der Förderkriterien entwickelt.

Die Vollversammlung der LAG schlägt bis 1. Juni eines Jahres im Benehmen mit der Landeszentrale für politische Bildung inhaltliche Förderschwerpunkte (maximal 3) für das kommende Jahr vor. Das waren

- 1996/97: – Sicherung von Zeitzeugenerinnerungen, Konservierung von Dokumenten und Quellen  
– Innovative Projekte  
– Aufarbeitung von historischen und pädagogischen Grundlagen
- 1998/99: – Zeitzeugenarbeit  
– Forschungen und Dokumentationen im Zusammenhang mit den Außenlagern von Dachau und Natzweiler (schwerpunktmäßig auf dem Gebiet von Baden-Württemberg gelegen),  
– Publikationen und Ausstellungen mit dokumentarischem Charakter.

Die Förderschwerpunkte für das Jahr 2000 werden bei der Jahrestagung der LAG im März 1999 beraten werden.

Die Ausarbeitung des Förderplans aufgrund der vorliegenden Anträge erfolgt unter Beratung durch den Beirat möglichst bis spätestens 15. Dezember des Vorjahres, damit die Wirksamkeit ab Vorliegen der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen gegeben ist. Vor allem die ehrenamtlich arbeitenden Gruppen sind auf diese langfristige Planungs- und Vollzugssicherheit angewiesen.

Dem Beirat gehören drei Vertreter der Landeszentrale für politische Bildung und drei von der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen an. Auf diese Weise ist sichergestellt, daß der Sachverstand und die Vielfalt der Gedenkstättenarbeit in der Entscheidungsfindung Berücksichtigung findet.

Die Förderung erfolgt als Projektförderung und Teilfinanzierung für einzelne, abgegrenzte Vorhaben.

Generell haben Maßnahmen bzw. Veranstaltungen mit oder für Kinder und Jugendliche Vorrang.

Von der Förderung ausgeschlossen sind der Erwerb, die Pacht und die dauerhafte Anmietung von Immobilien sowie Baumaßnahmen.

Alle Projekte werden auf der Grundlage von Kosten- und Finanzierungsplänen gefördert. Die Förderung soll im Einzelfall 10% des jährlichen Förderbetrags nach Kap. 0205 Tit. 671 78 nicht überschreiten.

Die Förderung erfolgt nachrangig. Andere Fördermöglichkeiten sind vorrangig zu nutzen. Soweit wie möglich sind andere öffentliche Dienstleistungen (z. B. von Bildstellen, Kommunalverwaltungen, Museen, Archive usw.) einzubeziehen. Die Beschaffung von Geräten und Investitionsgütern kann nicht gefördert werden.

Neben der Förderung der Einzelprojekte soll die Beratung der Initiativen in inhaltlichen, methodischen und didaktischen Fragen weiter ausgebaut werden. Dadurch können Ergebnisse verbessert, vorhandene Vorarbeiten zusammengeführt und anderweitige Ressourcen erschlossen werden.

Besondere Aufmerksamkeit muß der steigenden Zahl von Anfragen und sonstigen Kontakten mit ausländischen Organisationen und Forschungsvorhaben gewidmet werden. Zu erwähnen ist ein mit der Universität Straßburg ins Auge gefaßter europäischer Forschungsverbund zum KZ-Natzweiler-Struthof in den Vogesen und seinen Außenlagern, die mehrheitlich auf dem Gebiet Baden-Württembergs eingerichtet waren.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung wurde außerdem mit drei Fachtagungen vorangetrieben:

- Tagung in Zusammenarbeit mit der Ev. Akademie Bad Boll und der Landesarbeitsgemeinschaft vom 21. bis 23. Februar 1997 über „Späte KZ in Baden und Württemberg“.
- das Jahrestreffen der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Herrlingen am 21. und 22. März 1998  
Thema: „Jüdische Spuren in Herrlingen; Herrlingen im Nationalsozialismus“
- ein bundesweites Gedenkstättenseminar im Haus auf der Alb vom 21. bis 24. Mai 1998  
„Umgang mit Orten jüdischer Geschichte – Erinnerung und Aufklärung“ in Zusammenarbeit mit Stiftung Topographie des Terrors Berlin und der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen.

Auch die Breitenarbeit wird verstärkt. In Tagesexkursionen bzw. -seminaren werden in wechselndem Turnus einzelne Gedenkstätten bzw. Gedenkstätteninitiativen im Lande vorgestellt. Die organisatorische Durchführung liegt bei den Außenstellen der Landeszentrale für politische Bildung.

Dieser konzeptionelle Ansatz der Förderung der Gedenkstättenarbeit hat sich bewährt. Grundlegende Änderungen sind nicht beabsichtigt.

Am 17. Juni 1998 hat die Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur“ dem Deutschen Bundestag ihren Abschlußbericht vorgelegt. Sie spricht darin auch allgemeine Handlungsempfehlungen für die Gedenkstättenarbeit aus.

Die Landesregierung stellt fest, daß in Baden-Württemberg diesen weithin entsprochen wird. Die Gedenkstätten sind dezentral, unabhängig und plural organisiert, ihre Arbeit erfolgt überwiegend eigeninitiativ und ehrenamtlich und ist durch die Landesförderung finanziell abgesichert, wenn auch nicht im wünschenswerten Umfang.

Verschiedene Beratungsangebote von staatlicher Seite sichern die Wissenschaftlichkeit der Arbeit und ein museologisches bzw. gedenkstättenpädagogisches Konzept einzelner Maßnahmen.

Die Gedenkstättenarbeit und -förderung wird von entsprechenden selbstorganisierten bzw. berufenen Gremien begleitet und mitgestaltet.

Die Förder- und Beratungsfunktion des Fachreferats Gedenkstättenarbeit der Landeszentrale für politische Bildung soll sicherstellen, daß die Vernetzung und Ko-

ordination auf kooperativer Basis zwischen Wissenschaft und Bildung, anderen Gedenkstätten und den beteiligten Landes- wie kommunalen Dienststellen erfolgt und verbreitert wird. Die Landesregierung strebt an, diesen wichtigen Bereich weiter auszubauen.

Zu 5.:

Eine Übersicht über alle geförderten Projekte ist in Anlage beigefügt. Lediglich insgesamt 12 Anträge konnten nicht berücksichtigt werden. Die wesentlichen Gründe dafür waren

- unzureichender Vorbereitungsstand,
- Überschreitung der Höchstfördersumme (b. Zweit Antrag),
- Vorrangigkeit anderweitiger ausreichender Finanzierung.  
(vgl. Anlage 1 – 3)

Zu 6.:

Der Zeitzeugenarbeit kommt überragende Bedeutung zu. In vielen Fällen sind sie die einzigen und letzten, die noch authentisch berichten und wichtige Hinweise geben können. Ihr Zeugnis ist für die Grundlagenforschung zu sichern.

Die Zeit drängt. Die Zeitzeugen sind weit über siebzig Jahre alt. Ihr Erinnerungsvermögen läßt nach, viele von ihnen sind nicht mehr in der Lage, Reisen zu unternehmen. Die Öffnung der Grenzen nach Osten und der dortigen Archive hat Hinweise auf viele Überlebende gebracht, v. a. Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen, welche die offizielle Politik der kommunistischen Vorgängerstaaten verschwiegen hat. Für eine umfassende und sachgerechte Dokumentation der Geschichte in unserem Lande während des Dritten Reiches sind sie zu hören, ihre Aussagen zu archivieren und in die vorhandenen Erkenntnisse einzuordnen. Für diese Aufgabe bleiben nur noch ein paar Jahre, dann wird sie unwiederbringlich nicht mehr zu leisten sein. In Absprache mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen wurde daher der Erfassung und Sicherung von Zeitzeugenaussagen allererste Priorität eingeräumt.

Den Zeitzeugen kommt eine zweite wichtige Aufgabe zu, soweit sie dazu noch in der Lage sind: Solange sie leben ist die Authentizität und Glaubwürdigkeit der Begegnung mit ihnen in der pädagogischen Arbeit mit nichts zu übertreffen. Es ist eine große Herausforderung und Zukunftsaufgabe für die Gedenkstättenarbeit, diesen unausbleiblichen Schritt, vor dem alle Gedenkstätten stehen, methodisch richtig zu vollziehen. Dazu dient der Austausch in grundsätzlichen Fragen mit zahlreichen Stellen im In- und Ausland, u. a. mit der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem.

Die Aussagen von Zeitzeugen müssen festgehalten, einzelne Personen und ihr Schicksal medial dokumentiert werden. Exemplarisch für diese Arbeit seien genannt: das bereits 1980 erschienene Buch „Interviews mit Überlebenden“ von Bettina Wencke, hrsg. von der LpB und 1995 eine Video-Produktion in Zusammenarbeit mit der Landesbildstelle Württemberg „... daß es so etwas gibt, wo man Menschen einsperrt...“, die Lebensgeschichte von Fritz Herr und dessen Inhaftierung im KZ Oberer Kuhberg.

Die Gedenkstätten selbst führten mit Hilfe der Landesförderung folgende Zeitzeugenprojekte durch:

	Befragungen	Dokumentationen	Gespräche	Medienprod.
1996	1	2	1	1 ('95)
1997	3	–	2	
1998	5	4	4	1

Zeitzeugenarbeit ist aufwendig. Man muß die Personen entweder einladen oder aufsuchen, es entsteht technischer Aufwand, die Transkription und Übersetzung, die Dokumentation ist mit viel Arbeit und trotz großem ehrenamtlichem Engagement auch mit unvermeidbaren Kosten verbunden.

Der Landtag hat der Dringlichkeit dieser Arbeiten entsprochen und für 1998 und 1999 jeweils zusätzlich 25 000,- DM Fördermittel zur Verfügung gestellt.

Zu 7.:

Die LpB versucht ihrem Gesamtauftrag gemäß die Bemühungen auf diesem Felde zu verknüpfen. Ein Beispiel dafür ist die in Zusammenarbeit mit dem Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg und der Landesbildstelle Württemberg hergestellte der Video-Produktion „... daß es so etwas gibt, wo man Menschen einsperrt ...“(s. o.) und die gleichzeitige Herausgabe einer Arbeitshilfe zum Gesamtkomplex durch das Oberschulamt Tübingen. Ebenso das von dort herausgegebene ergänzende Heft „Die Juden von Buttenhausen“ zur Vorbereitung der Lehrer und Schulklassen auf den Besuch des Ortes und des Museums.

Ein weiteres Beispiel ist die Unterstützung der didaktischen und unterrichtspraktischen Zusammenarbeit der Gedenkstätten in den Landkreisen Rottweil und Zollernalb bei der Herausgabe der Schrift „Möglichkeiten des Erinnerns – Orte jüdischen Lebens und nationalsozialistischen Unrechts“ im Jahr 1997. Diese Schrift ist richtungweisend für den regionalen und pädagogischen Verbund der Gedenkstätten untereinander und mit anderen wichtigen historischen Orten.

In erster Linie ist hier aber die Broschüre „Gedenkstätten in Baden Württemberg“ (40 S.; 2. Aufl. 1998) zu nennen. Sie gibt einen Überblick über alle Gedenkstätten (i. S. v. Ziff. 1 ) und allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Hinweise zum Besuch. Die im Internet eingestellte Version wird ständig aktualisiert. Nachfrage und Resonanz ist insgesamt groß, nicht zuletzt bei Interessenten und Besuchern aus dem Ausland. Die zweite Auflage wurde daher um ein Vorwort in englisch, französisch, hebräisch und polnisch ergänzt. Mit Unterstützung der Oberschulämter wurde eine möglichst breite Verteilung auch an den Schulen versucht. Lehrer sollen dadurch auf die vorhandenen Möglichkeiten regional bezogenen, außerschulischen Geschichtsunterricht an authentischen Orten hingewiesen werden.

Die Beratungstätigkeit der LpB ist vor allem auch auf diesen Punkt ausgerichtet und wird ergänzt und gestützt durch Angebote im allgemeinen Programm (1997: Anteil 52 v. 722 Veranstaltungen = 7,2%; z. B. in der Lehrerfortbildung, Politischen Tagen etc.) und Publikationen, hier vor allem die Reihen „Politik und Unterricht „ sowie „Deutschland und Europa“.

Zur Gestaltung des 27. Januar als Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus wurden 1997 von der LpB, Fachreferat Lehrerfortbildung in Kooperation mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit unter dem Titel „Die Erinnerung darf nicht enden“ Texte und Unterrichtsvorschläge an die Schulen herausgegeben.

Neben dem Heft „Gedenkstätten in Baden-Württemberg“ stehen für Detailinformationen folgende mit Unterstützung durch die Landeszentrale herausgebrachten Schriften zur Verfügung:

„Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus“;  
hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1995 und

„Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstands und der Verfolgung 1933-1945“; Teil 1+2, hrsg. vom Studienkreis Deutscher Widerstand, Frankfurt 1996

Unterstützt werden diese pädagogischen Vorlagen bereits seit 1989 durch die Förderung von Fahrten von Schulklassen, Jugend- und Studentengruppen zu Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts durch das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. 1996 wurden 362 schulische Fahrten und 9 aus der Jugendarbeit mit 186 000,- DM bzw. 8 750,- DM bezuschußt.

Im Jahr 1997 wurden in Gedenkstätten in Baden-Württemberg rd. 131 000 Besucher registriert, davon die Hälfte Schüler und Jugendliche.

Zur Zeit prüft das MKJS auf Vorschlag der Landeszentrale, die bisher sehr begrenzte Zahl an förderungsfähigen Gedenkstätten den durch die Landesförderung geänderten Verhältnissen anzupassen und auch die anderen geeigneten Gedenkstätten aufzunehmen. Die Erweiterung der Liste liegt im Interesse eines le-

bendigen, landes- und regionalbezogenen, anschaulichen Unterrichts und anerkennt die Fülle und Qualität des in den Initiativen geleisteten pädagogischen Engagements.

In diesem Zusammenhang werden auch Überlegungen angestellt, auf welche Weise die eng mit Baden verbundene Gedenkstätte und der Lagerfriedhof in Gurs/Frankreich angemessen einbezogen werden kann.

Zu 8.:

Das Gedenkstättenreferat unterhält institutionelle und kollegiale Kontakte derzeit vor allem zu

Institution	Kooperationsschwerpunkt
– der Gedenkstätte Vashem, Jerusalem	didaktisch-methodische Fragen
– Stiftung Topographie des Terrors, Berlin	bundesweite Vernetzung
– Gedst. Deutscher Widerstand, Berlin	bundesweite Vernetzung
– Bundeszentrale für politische Bildung	bundesweiter Gedenkstättenführer
– Studienkreis Deutscher Widerstand, Frankfurt	Heimatgesch. Wegweiser zu Stätten des Widerstands und der Verfolgung
– Jüd. Museum Hohenems, Vorarlberg	Südd./europ. Vernetzung
– KZ Mauthausen	europ. Vernetzung
– Universität Straßburg	Forschungsprojekt Natzweiler
– Alemannia judaica	baden-württ. Vernetzung
– Universität Karlsruhe, Forschungsstelle Widerstand im Südwesten	baden-württ. Vernetzung
– Universität Tübingen Ludwig-Uhland-Institut	Bau- und stadtgeschichtliches Forschungsprojekt „Haag“
– Denkendorfer Kreis	baden-württ. Vernetzung
– Landtag von Baden-Württemberg	Vorbereitung des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus
– Haus der Geschichte	Koordination der vor-Ort-Aktivitäten
– Lehrerfortbildungsakademie Calw	Blockseminar „Holocaust“ für amerikanische Studenten
– Zentrale Stelle der Landesjustizverw. zur Aufkl. v. NS-Verbrechen, Ludwigsburg	Ausbau zum Dokumentationszentrum

Hervorzuheben ist hier eine vom Fachreferat Gedenkstättenarbeit erarbeitete umfassende Bibliographie zu „Baden-Württemberg im Dritten Reich“. Der besondere und vielfach gewürdigte Wert der Bibliographie (besser eigentlich Bibliodatei) liegt in der orts- und landkreisbezogenen Anlage, einer Stichwortsuche und der ständigen Zugriffsmöglichkeit über das Internet. Die LpB leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Vereinfachung der Quellenerschließung und internationalen Vernetzung der wissenschaftlichen Forschung untereinander und mit den lokalen Bemühungen.

Gute Beziehungen bestehen zu zahlreichen in diesem Feld tätigen Organisationen, wie der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit oder der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und natürlich den Israelitischen Religionsgemeinschaften Badens und Württembergs.

Daneben werden auch internationale (Internet-)Kontakte zu Instituten und Einzelpersonen zu Auskünften bzw. Beratung und Austausch bei oft sehr persönlichen und großen Aufwand erfordernden Einzelanfragen unterhalten. Auch im Lande wird zunehmend auf das inzwischen erworbene Potential zurückgegriffen. So gehören Stellungnahmen für Ministerien, Landtag, Gemeinden, Vereine oder interessierte Bürger zur Alltagspraxis.

In der Landesverwaltung berühren unterschiedliche Zuständigkeiten diesen Bereich. Dadurch kann das ressortspezifische Fachwissen und eine entsprechende Rückkopplung eingebracht werden. Anlässlich der bundesweiten Gedenkstätten Tagung im Mai 1998 in Bad Urach wurde von den daran beteiligten Landesdienststellen (MWFK, Landesarchivdirektion, Landesdenkmalamt, Landesdenkmalstiftung) sehr nachdrücklich der Wunsch nach einem regelmäßigen Gedanken- und Informationsaustausch genannt. Die LpB wird diese Anregung aufgreifen und zu solchen Kontaktgesprächen einladen. Allerdings wird ihre unterstützende Beratungstätigkeit durch ihre knappe Personalausstattung begrenzt.

Zu 9.:

Die LpB hat im Vorfeld der Einrichtung der Gedenkstättenförderung zweimal versucht, eine entsprechende Übersicht zu erstellen und sie auch vorgelegt. Die maßgebliche Erkenntnis war, daß eine Untersuchung, die fundierte und tatsächlich vergleichbare Daten liefert, mit vertretbarem Aufwand nicht zu erstellen ist.

Eine solche liegt – auch nicht ansatzweise – nach den angestellten Recherchen nirgendwo vor. Außerdem ist gerade die Gedenkstättenarbeit derzeit in verschiedenen Ländern einem starken, noch nicht abgeschlossenen Wandel unterzogen.

Dafür gibt es verschiedene Gründe:

a) Die historische Situation

Im Gegensatz zu anderen Ländern befindet sich auf dem Gebiet von Baden-Württemberg kein „Großlager“. Die Situation hier ist geprägt durch zerstörte jüdische Gemeinden, kleine Konzentrationslager sowohl der „frühen“ als auch der „späten Phase“ (insgesamt 74), aber auch Orte verbunden mit den Namen aus dem Widerstand wie Elser, Scholl und v. Stauffenberg.

Da die Stammlager außerhalb des Landesgebietes lagen, bzw. die Widerständler hauptsächlich außerhalb des Landes wirkten, entstand im Lande nur sehr zögerlich eine eigenständige Geschichtsaufarbeitung und Gedenkstättenbewegung.

b) Die aktuelle Situation in den Ländern

Durch die Deutsche Einheit sind in den neuen Ländern zahlreiche Gedenkstätten hinzugekommen, die teilweise Stiftungen sind oder von Landesstiftungen getragen werden. Ihre personelle Ausstattung lag i. d. R. deutlich über der in der alten Bundesrepublik üblichen. An ihrer Finanzierung beteiligt sich der Bund in erheblichen Maße. (Der Abschlußbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur“ des Deutschen Bundestags vom 17. Juni 1998 spricht diesbezüglich weitere Empfehlungen aus).

In den alten Ländern gab und gibt es unterschiedliche Trägerschaften. Die Landeszentralen für politische Bildung sind bundesweit wie folgt betraut (i. d. R. Stand 1996):

Direkte Trägerschaft/zentrale Zuständigkeit:

Hessen	Hadamar, Breitenau Tagungen Publikationen AV-Medien Förderung allg.
Niedersachsen	Bergen-Belsen, Wolfenbüttel Ausstellungen, Besucherdienst Schriften Filme Archivierung
Rheinland-Pfalz	Osthofen, Hinzert Seminare Schriften Ausstellungen

## Teilzuständigkeit:

Bayern	Dachau, Flossenbürg Förderung von Klassenfahrten	Kultusministerium LpB, Teilauftrag
Brandenburg	Gedenkstätten punktuelle Zusammenarbeit	Wissenschaftsministerium LpB
Mecklenburg-Vorpommern	Gedenkstätten Gedenkstättenarbeit  Pädagogische Arbeit allg.	Kultusministerium Projektgruppe Gedenkstätten- arbeit
Nordrhein-Westfalen	ca. 30 Gedenkstätten  Pädagogische Maßnahmen Projektzuschüsse Ankauf von Publ. u. Medien	Ministerium für Arbeit, Sozia- les, Kultur und Sport Bauministerium in Kooperation mit LpB
Saarland	Exkursionen zum KZ Natzweiler	LpB
Sachsen-Anhalt	Gedenkstättenarbeit	Innenministerium
Thüringen	Gedenkstättenarbeit	LpB, Teilauftrag

## anderweitige Zuständigkeit:

Berlin	13 Gedenkstätten zahlreiche Denk- und Mahnmale	in unterschiedl. Trägerschaft, zust. Ressort: Kultursenator (teilw. Übernahme durch den Bund vorgesch. Vgl. Enquete- Kommission)
Bremen		versch. Senatsdienststellen und LpB in Zusammenarbeit mit Verein „Erinnern für die Zu- kunft“
Hamburg	Kultursenator	
Sachsen	5 Gedenkstätten	Stiftung Sächs. Gedenkstätten
Schleswig-Holstein		Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Durch die historische Vorgabe, die Entwicklung der Gedenkstättenarbeit seit ca. 1970, die Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft und das von der LpB entwickelte partizipatorische Modell unterscheidet sich die Situation in Baden-Württemberg grundlegend von der in anderen Ländern. In etwa vergleichbar ist, was die Struktur der betreuten Gedenkstätten anbelangt – mit Einschränkungen –, die Situation in Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Allerdings ist die Zahl jeweils bei weitem geringer als in Baden-Württemberg.

Auch angesichts der schwierigen Haushaltslage des Landes wird die Landesregierung für die Förderung der Gedenkstättenarbeit im bisherigen Umfang eintreten. Sie unterstützt damit die eingebrachten fachlichen sowie oft nicht unerheblichen finanziellen Vorleistungen und das ehrenamtliche Engagement der Initiativen.

Dr. Menz  
Staatssekretär

## Anl. 1 z. Stellgn. zu LtDrs 12/2876

## Übersicht über die Förderung 1996

KZ-Gedenkstätte Dok.zentrum	Oberer Kunzberg Ulm e.V.	"Schönes, schreckliches Ulm"	Buch	Zeitzeugenberichte: Zwangsarbeiter in Ulm	8.000,00 DM
Initiative Gedenkstätte	Eckerwalde e.V.	Gedenkpfad Eckerwalde	Sicherungsarbeiten	Bodendenkmale: Begerbarkeit	3.720,00 DM
Pädagog.-Kulturelles Centrum FKZ	Friedental e.V.	"Der jüdische Friedhof in Friedental"	Buch	Grabstein-Dokumentation	4.000,00 DM
Gesch. u. Pflege jüd. Denkmale	im tauberfränk. Raum	"Der Gerechte leidet durch seine Treue"	Buch	Biographische Notizen	5.000,00 DM
Freundeskreis Ehemalige Synagoge	Sulzburg e.V.	"Die Stimme Der Wörter Der Bilder"	Ausstellung	Katalog und Plakat	5.000,00 DM
Komitee zum Schutz der Zeugnisse jüdischen Lebens	Gailingen u. Umgeb. e.V.	"Photographische Häuserdokumentation"	Fotomappe/ Ausstellung	Vorarbeiten f. Jüdisches Museum Gailingen	6.000,00 DM
Ehemaliges KZ	Kochendorf GbR	"Vernichtung durch Arbeit"	Buch	Forschungen zum KZ Kochendorf	2.000,00 DM
Initiative KZ-Gedenkstätte	Vaihingen-Enz e.V.	"Gedenkstätte ehem. KZ Wiesengrund"	Broschüre	umfassende Projektbeschreibung	2.000,00 DM
Arbeitskreis Gedenkstätte	Grafeneck e.V.	"Projekt Namenssuche"	Archiv-recherchen	Suche nach Namen von Euthanasieopfern	8.000,00 DM
Dokument.stätte Geisbacher Stollen / KZ Aufdrösch	Überlingen e.V.	"Der Stollen"	Broschüre	Dokumentation der Entstehungsgeschichte	8.000,00 DM
Projekt "Erinnern und Begegnen"	Erzbisch. Jug. BDKJ Freiburg	"Die Zeit vor und nach 1945"	Seminar	Jugendliche begegnen Zeitzeugen	1.400,00 DM
Alte Synagoge e.V.	Hechtingen	"Spuren jüdischen Lebens in Hechingen"	Buch	jüdische Stätten in Hechingen	8.000,00 DM
Jüdisches Museum	Coppinger-Webernhausen	"Briefe aus dem Warschauer Ghetto"	Broschüre	Briefe Josef Gelbart	4.000,00 DM
KZ-Gedenkstätte	Mannheim-Salztannen e.V.	Pädagog. Aufbereitung von 35 Berichten Überlebender	Creche für Besucher	Biograph. Dokumentation	8.000,00 DM
KZ-Gedenkstätte	Neckarelz e.V.	Besuche und Interviews	Sicherung Zeit- zeugenberichte	Zeitzeugenkontakte	7.800,00 DM
Förderverein Ehemalige Synagoge	Hemsbach e.V.	"Spuren - Erinnerungen ..."	Ausstellungs-Überarbeitung	Konservierende Maßnahmen	1.200,00 DM
Initiative KZ-Gedenkstätte	Vaihingen-Enz e.V.	"KZ-Gedenkstätte Vaihingen"	Broschüre	Neuaufgabe - Grundinformation	900,00 DM
Initiative Gedenkstätte	Eckerwalde e.V.	"Vernichtung durch Arbeit"	Druck von Info-Tafeln	Beschilderung der Ölschieferuhlen	4.700,00 DM
Ehem. KZ Bisingen	Bürgermeisteramt	"Schwierigkeiten des Erinnerns"	Ausstellung	Neuerichtung Gedenkstätte	8.000,00 DM
Förderverein ehem Synagoge	Kippenheim	"Rundgang Jüd. Kippenheim" / "Nicht Ort noch Zeit"	Broschüre / Ausstellung	Öffentlichkeitsarbeit	2.800,00 DM
KZ-Gedenkstätte Dok.zentrum	Oberer Kunzberg Ulm e.V.	"Zugänge"	Broschüre	Pädagogische Handreichung	3.400,00 DM
Summe Zuwendungen 1996					101.820,00 DM
Gedenkstättenbroschüre 1. Aufl.					11.800,00 DM
Tagungen					4.000,00 DM
Sachkosten					5.500,00 DM
Gesamt					123.220,00 DM

## Anl. 2 zu Stellgn. LtDrs. 12/2876

## Übersicht über die Förderung 1997

Diakonie	Stetten	"Das Schloß an der Grenze"	Buch	Nationalsozialismus in der Anstalt Stetten	2.500,00 DM
KZ-Gedenkstätte	Mannheim-Sandhofen	"Erkund. von Lebensspuren ehem. KZ-Häftlinge"	Forschungs-fahrt Warschau	Zeitzeugenbeitragung	4.792,66 DM
Deutsch-Israelischer Arbeitskreis	Südlicher Oberrhein e. V.	Hedy Epstein	Vortragsreise	Zeitzeugengespräche	1.200,00 DM
Jüdisches Museum	Göppingen-Jebenhausen	"Auschwitz vor „Garicht“"	Broschüre	Lokale Forschungs-arbeit	2.250,00 DM
Verein der Verfolgten des Naziregimes VVN-	BdA Baden-Württemberg	"Heimatgeschichtlicher Wegweiser Bd. 2"	Buch	Erarbeitung und Publikation	3.000,00 DM
Landesverband Deutscher Sinti und Roma	Baden-Württemberg e.V.	Aussagen Überlebender Sinti und Roma	Dokumentation	Zeitzeugeninterviews	2.997,00 DM
Gedenkstätten-Initiative	der Landkreise Rottweil/Zollernalb	"Möglichkeiten des Erinnerns"	Broschüre	One jüdischen Lebens und NS-Unrecht	3.000,00 DM
Dokumentationszentrum	Oberer Künzberg Ulm e.V.	"Schauplatze der NS-Zeit in Ulm"	Broschüre	Stadtführer	5.500,00 DM
"Euthanasie in den Johannes-Anstalten"	Neckargemünd	"... Menschenleben gegen Sachwerte ..."	Buch	Erziehungs- u.Pflege-anstalt Mosbach 1930-45	3.000,00 DM
Bürgermeisteramt Bisingen	"KZ Bisingen"	Ölschieferabbau	Informations-Infoten	Geschichtl. Lehrpfad	3.000,00 DM
Jungkolping	Tiengen	"Jüdische und deutsche Jugendliche damals 'heute'"	Jugendver-anstaltungen	Zeitzeugengespräch, Synagogebesuche	300,00 DM
Summe Zuwendungen					51.529,66 DM
Gedenkstättenbroschüre 2. Auflage					14.311,83 DM
Literaturverzeichnis					2.145,99 DM
Tagungen					13.510,20 DM
Sachkosten					11.739,25 DM
Globale Minderausgaben					16.300,00 DM
					109.236,93 DM

## Anl. 3 z. Stellungnahme zu LtDrs. 12/2876

## Übersicht über die voraussichtliche Förderung 1998

Förderverein ehemalige Synagoge	Kippenheim	Jüdisches Leben in K. u. Schriemheim	Ständige Ausstellung	Vorbereitungsarbeiten	3.000,00 DM
Deutsch-Israelischer Arbeitskreis	Südtürmer Oberrhein e. V.	Inge Auerbacher	Zeitzeugengespräche	Besuch aus New York	2.000,00 DM
Hohenloher Freilandmuseum	Wackersloh	Der Kästof während des NS	Recherche + Dokument.	Zeitzeugeninterv.	5.500,00 DM
Bürgermeisteramt	Königsbrunn	"Ich habe den Krieg verhindern wollen"	Dauerausstellung	Georg Elser	5.500,00 DM
Archiv und Museum	Göppingen	Zerstörung der Göppinger Synagoge	Broschüre	60. Jt. Reichspogromnacht	2.500,00 DM
KZ-Gedenkstätte	Neckaritz	Der KZ-Komplex am Neckar	Infomat. Kolloquium	Zeitzeugeneinladungen	358,00 DM
KZ-Gedenkstätte	Neckaritz	Sinto-Schicksale	Erzahl-Konzert	Zeitzeuge	555,00 DM
Pädagogisch-Kulturelles Centrum	Freudental	Lebensbilder	Video-Dokumentation	Zeitzeugen in Israel	5.500,00 DM
Jenovas Zeugen	Versammlung Stgt-Süd	Standhaft trotz Verfolgung	Ausstellung/Videovori.	Zeitzeugenberichte	1.190,00 DM
Projekt Stadtmuseum	Laupheim	Jüdische Geschichte in Lauph.	Publikation	Museumsbegleiter	3.500,00 DM
Erzscholliches Jugendamt	"Erinnern und Begegnen"	10 Jahre Erinnern und Begegnen	Fachtagung	Reflektion d. Ged.starbeit	4.000,00 DM
Dokumentationszentrum	Oberer Kurberg Ulm e.V.	Das KZ Heuberg	Buch	Magisterarbeit	5.500,00 DM
Arbeitsgruppe ehem. KZ	Kochendorf	Häftlingsaussagen aus Yad Vashem	Übersetzung	Zeitzeugenaussagen	3.955,00 DM
Arbeitskreis Gedenkstätte	Grafeneck e.V.	Alphabet-Garden	Aufbauklausur/Seminar	"Denk-mal"-Projekt	5.000,00 DM
Ehemalige Synagoge	Sulzburg	Der jüdische Friedhof Sulzburg	Ausstellung/Katalog	Grabsteindokumentation	5.300,00 DM
Lahnverband Dt. Sinti und Roma	Baden-Württemberg e.V.	Völkermord an Sinti und Roma	Teil II	Zeitzeugenbeiträge	4.000,00 DM
Stadtverwaltung	Haslach i. K.	KZ-Gedenkstätte "Vulkari"	Aufstellen v. Schautafeln	Neueröffnung Gedenkstätte	5.000,00 DM
Denk - Zeichen	Esslingen e.V.	Zwangsarbeiter-Gedenken	Neugestaltung Schautafeln	Friedhof Sulztes	3.000,00 DM
Förderverein ehemalige Synagoge	Baisingen e.V.	Ehemalige Synagoge Baisingen	Broschüre	Zielgruppe: Jugendliche	5.000,00 DM
Förderverein z. Erforsch. d. Förderverein Burgarnaus	Heimatgesch. d. NS im Lkr. Tu Gaisingen e.V.	"Sinti in Schwaben"	Buch	500.Jahrestag	2.700,00 DM
			Zeitzeugeninterv.	Aufzeichn.-Sicherung	4.800,00 DM
Jungkolping	Tiengen	Zeitzeugen vor Ort	Zeitzeugenbegleitungen	mit Jugendlichen	1.700,00 DM
Historischer Verein Mittelbaden	Haslach	Info-Börse	Zeitzeugenbegleitungen	Sicherung v. Erinnerungen	3.500,00 DM
KZ-Gedenkstätte	Neckaritz e.V.	Schem von	Zeitzeugenaussagen	Transkripten	2.500,00 DM
Gemeinde	Bisingen	Zeit.interviews	Übersetzungen	aus Yad Vashem	4.000,00 DM
ehem. KZ	Bisingen	"Barutswahr"	Buch	Übersetzung Zeitzeugenber.	2.400,00 DM
Projektgruppe Synagogenplatz	Tübingen	Denkmal Synagogenplatz	Gestaltungswettbewerb	Informationstafeln	2.000,00 DM
vorauss. Summe Zuwendungen 1998					53.706,00 DM
Tagungen					9.000,00 DM
Sachkosten					16.000,00 DM
Gesamt					118.706,00 DM